

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Bekämpfung der britischen Währungskrise

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1961) : Bekämpfung der britischen Währungskrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 9, pp. 401-403

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133143>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Spezialisten liegen, weil diese ihre Stunden für die wichtigsten halten. Und gerade hier müßte eine Einigung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verhältnismäßig leicht zu erreichen sein, nicht nur, weil es sich um eine verhältnismäßig konkrete Angelegenheit handelt, sondern auch deshalb, weil über die Wichtigkeit und damit auch über die Reihenfolge der Sprachen bei objektiver Beurteilung kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen.

#### **Andere Bildungswege**

Einigung steht auch noch aus über das Wirtschaftsgymnasium bzw. die Wirtschaftsoberschule. Dieser neueingeführte Schultyp bietet ebenfalls eine günstige Gelegenheit zur Zusammenarbeit.

Auf den „Zweiten Bildungsweg“ und den „Dritten Bildungsweg“ (Sonderreifeprüfung, Abendgymnasium, Höhere Fachschule, Berufsaufbauschule für Facharbeiter) einzugehen, dürfte sich erübrigen, weil diese Institutionen im gesamten Schulwesen keine allzu große Bedeutung beanspruchen können, so wichtig sie für den einzelnen auch sein mögen. Hier spielt die an sich erstrebenswerte Koordinierung deshalb auch nicht die gleiche Rolle wie bei den normalen Schularten.

#### **Ein Weg zur Reform?**

Ein Weg für eine Reform scheint in den Vereinbarungen festgelegt worden zu sein, die die Kultusminister der Bundesländer am 20. 9.

1960 getroffen haben. Ziel dieser Neuordnung ist es, die Schüler zu einer größeren wissenschaftlichen Selbständigkeit zu erziehen, damit sie auf der Hochschule den Anforderungen des Studiums schneller gerecht werden können. Im einzelnen sind u. a. vorgesehen: Beschränkung der Zahl der Unterrichtsfächer, Beschränkung des Lehrstoffs durch paradigmatische (exemplarische) Auswahl und Bildung von Schwerpunkten, Umwandlung von Pflichtfächern in Wahlpflichtfächer und Umwandlung von Pflichtfächern in freiwillige Fächer.

Es scheint, daß sich diese Ziele — zumindest in absehbarer Zeit — kaum erreichen werden lassen. Und doch muß man die Frage stellen: Warum sollte es unmöglich sein, diese praktischen Vorschläge innerhalb der Bundesrepublik zu verwirklichen, wenn man auf anderem Gebiet immerhin eine gewisse Einheitlichkeit, z. B. der Investitionspolitik — sogar innerhalb der EWG, also eines weitaus größeren Bereichs — erzielt hat.

Faßt man das Ergebnis dieser Betrachtungen zusammen, so ergibt sich, daß eine Reihe von Forderungen gestellt werden müssen, um das Schulwesen innerhalb der Bundesrepublik besser aufeinander abzustimmen als bisher. Die Forderungen scheinen auch dann nicht unerfüllbar zu sein, wenn man dem Grundsatz treu bleibt, daß die Kulturhoheit weiterhin von den Bundesländern ausgeübt wird.

Von großer Wichtigkeit ist auch eine gewisse Übereinstimmung im Schulwesen der EWG-Länder. Sie könnte m. E. fast leichter erreicht werden als in der Bundesrepublik Deutschland, weil es sich hierbei zunächst einmal nicht so sehr darum handelt, die Bildungspläne im einzelnen aufeinander abzustimmen und sie mit dem gleichen Geist zu füllen, sondern mehr um die formale Anerkennung der Schularten (bzw. der Abgangszeugnisse) des einen Landes durch das andere Mitgliedsland. Es ist hierbei weniger an die Berechtigung gedacht, an Universitäten des anderen Staates zu studieren, sondern eher an die vielen Möglichkeiten unmittelbar berufsbildender Schulen, die bei dem ständig größer werdenden Austausch von Arbeitskräften sowie bei der zunehmenden Verflechtung und gegenseitigen Abhängigkeit der Wirtschaftszweige in den sechs Staaten immer mehr Bedeutung erhalten. Wenn wir hier nicht mit Tatkraft zupacken, um das Ausbildungswesen souverän in europäischem Geist zu ordnen, wird uns die Technik dazu zwingen.

Es ist nicht einzusehen, weshalb es in den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht auch im Schul- und Ausbildungswesen zu einem gleichmäßigen Erkennen und Denken kommen sollte, nachdem man auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiet, ja sogar in der Politik, eine Zusammenarbeit erreicht hat, die noch vor zwei Jahrzehnten undenkbar war. (F.K. Sch.)

## **Bekämpfung der britischen Währungskrise**

**P**eriodische Währungskrisen sind ein nur allzu bekanntes Phänomen des englischen Wirtschaftslebens seit dem Krieg und fast unvermeidlich, solange der ganze Handel des Sterlingblocks aus absolut unzureichenden Devisenreserven finanziert werden muß.

#### **Ursache: Abfluß fremder Gelder**

Die jüngste Währungskrise übertrasschte nur insofern, als sie zu einer Zeit einsetzte, in der die britische

Industrieproduktion als Ganzes stagnierte und einige der wichtigsten Wirtschaftszweige sogar unterbeschäftigt waren. Ihre direkte Ursache ist denn auch nicht in einem Konsumüberhang als Folge überhöhter Löhne zu finden, sondern in dem Abfluß fremder Gelder, der im Februar einsetzte und im Juli zum größten Währungsabfluß innerhalb eines Monats seit über zehn Jahren führte. In runden Ziffern nahm London 1960

600 Mill. £ „heißen“ Geldes auf; davon dürften bis Ende Juli etwa 500 Mill. £ das Land oder — genauer gesagt — den Sterlingbereich verlassen haben, wenn auch ein Teil davon gemäß dem Baseler Abkommen von europäischen Zentralbanken absorbiert wurde. Der Rückgang der Währungsreserven im Juli war um so größer, als die Bank von England einen Teil der Sterlingguthaben, die sie früher von anderen Notenbanken erwor-

ben hatte, in andere Valuten umtauschen mußte.

Nachdem dies geschehen war, hätte man eigentlich annehmen sollen, daß der England satzungsgemäß zustehende Rückgriff auf den Internationalen Währungsfonds zur Deckung des etwa noch drohenden Abflusses kurzfristiger Gelder genügen würde, obwohl die Sterling-Zahlungsbilanz in den kommenden Monaten auch noch einem saisonmäßigen Druck ausgesetzt ist. Zweifellos hoffte auch Schatzkanzler Selwyn Lloyd, als er seinen Haushaltsplan im April vorlegte, daß die Währungsreserven nicht so schnell und scharf absinken würden; daß die Sachverständigen im Schatzamt jedoch die Notwendigkeit späterer Korrekturen schon damals ins Auge faßten, geht daraus hervor, daß er sich zur gleichen Zeit Vollmachten für zwei „Konjunkturregler“ geben ließ, beide fiskalischer Art: eine Lohnsummensteuer, die es in England noch nie gab, und eine allgemeine Zusatztaxe zu allen Verbrauchssteuern. Daß er schon vier Monate später seine Schätzungen revidieren mußte, ist in erster Linie dem unbefriedigenden Verlauf des englischen Ausfuhrhandels zuzuschreiben. Hätte sich der Export, insbesondere von Kraftwagen, günstiger entwickelt, so wären weitere Korrekturen nach dem im April vorgelegten, eher deflationistisch wirkenden Budget nicht notwendig gewesen.

#### **Sicherung der unmittelbaren Position steht im Vordergrund**

Das Hauptziel des Schatzkanzlers war es deshalb, „die britische Stellung in der Produktionswirtschaft zu behaupten und sie konkurrenzfähiger zu machen“. Sein zweites Ziel, ebenfalls langfristig, war „bessere Kontrolle über den öffentlichen Aufwand“. Aber nach Lage der Dinge mußte er seinem dritten Ziel, „Sicherung der unmittelbaren Position“, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Erhöhung des Diskontsatzes von 5 auf 7% — jetzt schon eine traditionelle Abwehrmaßnahme — war als Alarmsignal gedacht, machte den Londoner Geldmarkt für ausländische Gelder attrakti-

ver und sollte wohl auch dem Internationalen Währungsfonds zeigen, daß man die konventionelle Währungsverteidigung nicht vernachlässigt. Die Sondereinlagen, die die Großbanken jetzt bei der Bank von England unterhalten müssen, wurden von 2 auf 3% erhöht, und gleichzeitig wurde den Banken und Versicherungsgesellschaften eine strengere Handhabung ihrer Ausleihungen für den direkten Konsum, den Immobilienhandel und andere spekulative Zwecke nahegelegt. Diese Anweisung ist nur zu verständlich, denn die Bankkredite sind in den letzten zwölf Monaten um über 300 Mill. £ gestiegen, was die Banken schon Mitte Juli zu gewissen Korrekturen veranlaßte. Von unmittelbaren Beschränkungen des Teilzahlungsgeschäftes sah der Schatzkanzler aber im Gegensatz zur Praxis seiner Vorgänger bei früheren Krisen ab, hauptsächlich wohl, weil die Automobilindustrie und Haushaltswarenindustrie ohnedies nicht voll arbeiten.

#### **Erhöhung der indirekten Abgaben**

Statt dessen konzentrierte sich der Schatzkanzler auf fiskalische Maßnahmen. Die Kaufsteuer und Konsumzölle (nicht aber die Einfuhrzölle) wurden um ein Zehntel erhöht, was einer Kaufkraftabschöpfung von 130 Mill. £ bis März 1962 gleichkommt, und Börsenprofite und gewisse andere bisher steuerfreie Gewinne und Nebeneinkünfte werden ab April 1962 steuerpflichtig. Das erhöhte Aufkommen aus indirekter Besteuerung soll der Staatskasse schon im laufenden Jahr so große Mittel zuführen, daß nicht nur die laufenden Ausgaben, sondern auch die im Haushaltsplan „unter der Linie“ ausgewiesenen produktiven Investitionen der öffentlichen Hand voll gedeckt sind wie vor zwölf Jahren zu Zeiten des sozialistischen Sparkanzlers Sir Stafford Cripps.

Der Verbraucher hätte natürlich, statt die erhöhten Abgaben in Kauf zu nehmen, weniger rauchen, trinken und Auto fahren und dafür mehr Geld für andere, weniger hoch oder gar nicht besteuerte Konsumzwecke ausgeben können. Er hat das aber nicht getan. Auf alle Fälle spiegelt die Wahl einer Steuer-

erhöhung statt direkter Konsumkreditbeschränkungen eine beachtenswerte Wandlung im ökonomischen Denken wider; Kreditrestriktionen erschweren nützliche Anschaffungen, benachteiligen den ärmeren Teil der Bevölkerung und lassen sich, wie die Erfahrung lehrt, unschwer umgehen.

#### **Beschränkung öffentlicher Ausgaben**

Der Schatzkanzler richtete schließlich seinen Angriff gegen die stetige, fast unaufhaltsam erscheinende Ausweitung der öffentlichen Ausgaben. Durch kritische Überprüfung der Subventionen für die Landwirtschaft, beträchtliche Abstriche bei den Zuschüssen an Städte und Gemeinden, Abschaffung der Beihilfe zum Kauf alter Häuser und Senkung der Auslandsausgaben will er im nächsten Haushaltsjahr 175 Mill. £ sparen. Die Kapitalinvestitionen des Staates und der verstaatlichten Wirtschaftszweige bleiben, im wohlthuenden Gegensatz zu früheren Krisensparprogrammen, unbeschnitten, jedoch soll die Hilfe aus staatlichen Mitteln an schwachentwickelte Überseeländer nicht wesentlich über den jetzigen Umfang von 180 Mill. £ jährlich steigen. Der Lösung des Währungsproblems dient auch eine Démarche bei der NATO, die aus dem Atlantischen Bündnis erwachsende Devisenbelastung von 80 Mill. £ zu verringern. Dem gleichen Ziel dient der Beschluß, neue private Investitionen außerhalb des Sterlingbereichs nur zuzulassen, wenn sie „der britischen Handels- und Zahlungsbilanz klare und vollwertige Vorteile“ bringen; englische Firmen haben oft die Gewinne überseeischer Tochtergesellschaften an Ort und Stelle investiert, so daß sie der britischen Zahlungsbilanz keine Erleichterung brachten.

#### **Verhaltener Lohnauftrieb**

Um dem drohenden Lohnauftrieb entgegenzuwirken, hat der Schatzkanzler jedwede Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor verboten und um eine „Pause“ für private Lohn- und Dividendenerhöhungen ersucht, bis die Arbeitsproduktivität die Zunahme der persönlichen Einkünfte während des letzten Jahres einge-

holt hat und weitere Steigerungen rechtfertigt. Führende Gewerkschaftler haben zwar klargemacht, daß sie einer generellen „Lohnpause“ nicht zustimmen können, doch hat der Appell des Schatzkanzlers sie wenigstens veranlaßt, bei neuen Lohnforderungen behutsamer zu operieren und von drastischen Kampfmaßnahmen Abstand zu nehmen. Das ist vielleicht das Beste, was zur Zeit erhofft werden kann.

#### **Exportausweitung bei langfristiger Produktionsplanung**

Das jüngste Krisenprogramm sollte vor allem den Druck der heimischen Nachfrage verringern helfen, zu sorgfältigerer Kalkulation Anlaß geben, Arbeiter in einigen Konsumgüterindustrien für Ausfuhr- und Investitionsvorhaben freisetzen und auf längere Sicht den Staatskredit stärken. In dieser Hin-

sicht sind auch schon nach kurzer Zeit gewisse Resultate zu verzeichnen. Durch Entnahme von 1500 Mill. £ aus dem Internationalen Währungsfonds ist das Währungsproblem einstweilen überbrückt worden. Auf längere Sicht ist aber mehr erforderlich.

Der Schatzkanzler sprach von konkurrenzfähigen Preisen, festen Lieferfristen, angemessenen Kreditbedingungen und aggressiveren Verkaufsmethoden als Voraussetzung für die wünschenswerte Exportausweitung. Eine stetige Wirtschaftsentwicklung erfordert auch, wie man in führenden Kreisen immer mehr einsieht, langfristige Planung zur optimalen Nutzung des vorhandenen Kapital- und Arbeitspotentials. Verhindert der Mangel an Währungsreserven eine zügige Ausweitung des Importhandels als Vorbedingung für eine Steigerung der Ausfuhr, so behindern unge-

nügende Produktionskapazitäten eine stetige Expansion der industriellen Erzeugung. Eine systematische, unabhängige und objektive Prüfung des Wachstums von Produktionspotential, Konsumbedarf, öffentlichem Aufwand und Anlagevermögen für mindestens ein Jahr fñhft im voraus ist deshalb vom Schatzkanzler als notwendig akzeptiert worden.

Die dringend wünschenswerte Steigerung der Ausfuhr erfordert aber von der britischen Wirtschaft mehr, nämlich die Bereitschaft, Risiken und Opfer auf sich zu nehmen, auch wenn das heimische Geschäft leichter, sicherer und profitabler ist. Seit der Schatzkanzler sein Krisenprogramm in Kraft setzte, haben verschiedene wichtige Industriezweige, vor allem der Maschinenbau, zu erkennen gegeben, daß sie sich dieser Erkenntnis nicht verschließen. (A.)

## **Kostbarkeiten**

## **verdienen**

## **besondere**

## **Behandlung**

Vornehmlich in Geld- und Vermögensangelegenheiten

bedarf es umsichtiger und fachgerechter Beratung.

In Jahrzehnten gewonnene Erfahrungen

auf allen Gebieten des Bankgeschäfts

werden auch für Sie von Vorteil sein.

Als Berater empfiehlt sich

**DRESDNER BANK**  
AKTIENGESELLSCHAFT



Hamburg 36 • Jungfernstieg 22  
Geschäftsstellen in allen Stadtteilen

